

## Schwerpunkt: Arbeitsmarkt und Beschäftigung

### Arbeitsmarkt Deutschland - Chancen für den Standort und Herausforderungen an die Führungskräfte

Als „größte gesellschaftliche Herausforderung der Gegenwart“ bezeichnete Bernhard Jagoda, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (BA), die Arbeitslosigkeit in seinem Vortrag am 09. Februar 1998 am ZEW. Arbeitslosigkeit bedeute nicht nur den Ausschluß von der Teilhabe am Erwerbsleben, sondern auch in vielen Fällen die Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben. Insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit führe nicht selten zu Lähmung und Zerstörung aller Sozialstrukturen einzelner und ganzer Familien. Die Schaffung von Arbeitsplätzen sei einerseits ein soziales Gebot, andererseits aber auch eine ökonomische Notwendigkeit, koste doch jeder fehlende Arbeitsplatz den Staat und die Sozialkassen 40.000 DM im Jahr.

Als Hauptursachen der Arbeitsmarktprobleme identifizierte Jagoda die anhaltende Innovations- und Investitionsschwäche und eine mangelnde Konsensbereitschaft. Im internationalen Vergleich seien die Ausrüstungsinvestitionen der deutschen Unternehmen von 1993 bis 1996 lediglich um 0,8 Prozent gestiegen, gegenüber 7,8 Prozent in den USA, 5,2 Prozent in Japan, 5,0 Prozent in Großbritannien und 3,8 Prozent in Frankreich. Zusätzliche Arbeitsplätze könne nur ein Wirtschaftswachstum schaffen, das über der Beschäftigungsschwelle liege, also größer als die Produktivitätssteigerung sei. Die gegenwärtige Beschäftigungsschwelle dürfte in

Deutschland bei etwa 3 Prozent liegen, d.h. die Beschäftigung steigt erst dann, wenn die Wirtschaftswachstumsrate größer als 3 Prozent ist. Ohne eine spürbar höhere wirtschaftliche Dynamik, die in erster Linie mehr Investitionen am Standort Deutschland voraussetze, ist nach Jagoda keine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten.

### Die Schritte zu mehr Beschäftigung sind bekannt

Unter den volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die für mehr Beschäftigung erforderlich sind, hob Jagoda neben der Senkung der Staats- und Abgabenquote und einer beschäftigungsorientierten Tarifpolitik auch die weitere individuelle Flexibilisierung der Arbeitszeit hervor: Zwar komme keine Volkswirtschaft der Welt ohne Überstunden aus, aber 1,8 Milliarden Überstunden in Deutschland seien angesichts der aktuellen Beschäftigungsprobleme nicht zu verantworten. Die Unternehmen seien aufgefordert, mit intelligenten und flexiblen Arbeitszeitsystemen mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Darüber hinaus fehle es in Deutschland, wie das Negativbeispiel Gentechnologie zeige, am notwendigen technologiefreundlichen Klima. Ebenso zu bemängeln sei die unzureichende Förderung von Existenzgründungen und die zögerliche Erschließung neuer Beschäftigungsfelder, etwa in der Pflege, im Dienstleistungsbereich, aber auch in der Biotechnologie.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schlug Jagoda eine Doppelstrategie vor. Zum einen müsse ein höheres

### In dieser Ausgabe:

|   |    |
|---|----|
| Arbeitsmarkt Deutschland .....  | 1  |
| Wege zu mehr Beschäftigung .....  | 2  |
| Qualifikation, Weiterbildung und<br>Arbeitsmarkterfolg .....                      | 5  |
| Arbeitsmarkt und neue Selbständige .....  | 7  |
| Weiterbildung in Frankreich .....   | 7  |
| Symposium: Theoretische und<br>Empirische Wirtschaftsforschung .....              | 8  |
| Lohn und Beschäftigung .....  | 10 |
| ZEW-Finanzmarkttest .....   | 11 |
| Brancheneinschätzung  |    |
| Staatsdefizite der<br>G7-Länder .....   | 11 |
| Nutzung der Ergebnisse staatlich<br>finanzierter Forschung in der Industrie ..... | 11 |
| Kooperationspartner von<br>Umweltinnovatoren .....                                | 11 |
| Technologie- und Gründerzentren<br>in Polen .....                                 | 12 |
| ZEW Neuerscheinungen .....  | 12 |
| Termine .....   | 12 |

Wirtschaftswachstum und mehr Investitionen am Standort Deutschland möglich gemacht werden. Zum anderen seien aber auch begleitende Maßnahmen, wie eine stärkere Arbeitszeitflexibilisierung, eine Erhöhung der Teilzeitquote und Überstundenabbau unerlässlich. Die Politik habe in den vergangenen Jahren bereits wichtige Schritte, etwa in der sozialen Sicherung, eingeleitet. Mit arbeitsrechtlichen Gesetzen, wie dem Beschäftigungsförderungsgesetz, der Reform des Kündigungsschutzgesetzes und dem neuen Arbeitszeitgesetz sei auf Forderungen der Arbeitgeber eingegangen worden. Hierbei profitierten

## BA und IAB zur Beschäftigungskrise

die Unternehmen durch deutliche Entlastungen und Einsparungen sowie große Gestaltungsspielräume, die maßgeschneiderte Lösungen entsprechend der betrieblichen Erfordernisse zulassen. Umso enttäuschender nannte es Jagoda, daß die vorhandenen Instrumente der Arbeitsförderung äußerst zurückhaltend genutzt würden. So konnten seit April 1997 mit

kritisieren und andererseits, dort, wo Reformen erfolgt sind, deren konkrete Umsetzung zu verweigern.

Schließlich forderte Jagoda die Unternehmen und insbesondere die Führungskräfte in den Betrieben zu einer mentalen Wende in den Managementstrategien auf. Die Ressource Personal sei nicht nur als Kostenfaktor einzustufen, sondern müsse als



Bernhard Jagoda, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, referierte in der ZEW-Veranstaltungsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“.

Hilfe von Eingliederungsverträgen, trotz intensiver Werbung, lediglich 1000 Langzeitarbeitslose vermittelt werden.

Demgegenüber seien in der Lohnpolitik in den vergangenen beiden Jahren richtige Zeichen gesetzt worden. Die Tarifvertragsparteien müssten allerdings noch über mehrere Jahre hinweg den Weg einer beschäftigungsorientierten und betriebsnahen Tarifpolitik gehen.

### Partikularinteressen überwinden – Reform- und Umsetzungstau lösen

Die nicht gelungene Steuerreform zeige, so Jagoda, daß es höchste Zeit ist, die noch vorhandenen Partikularinteressen zu überwinden, um die unbedingt notwendigen Reformen auf den Weg zu bringen. Nicht angebracht sei es, einerseits einen Reformstau zu

Erfolgs- und Leistungsfaktor sinnvoll genutzt werden. Entlassung von Arbeitnehmern bedeute gleichzeitig auch die Vernichtung von (Human-) Kapital.

Es gelte, die Zusammenhänge zwischen betriebswirtschaftlichen Handlungsfeldern und der Beschäftigungsentwicklung wieder deutlicher in das Bewußtsein des betriebswirtschaftlichen Denkens zu rücken. „Unternehmen haben nicht nur das Ziel der Gewinnverbesserung“, so Jagoda. Ein weiteres „Unternehmensziel muß es sein, einen Beitrag zu mehr Beschäftigung zu leisten, soweit die Wettbewerbsbedingungen dies erlauben“. Erfolgreiche Unternehmen hätten bewiesen, daß sich Wachstum nicht nur auf der Aktivseite ihrer Bilanz widerspiegeln muß, sondern sich ebenso in der Beschäftigungsbilanz niederschlagen könne. ◀

### Wege zu mehr Beschäftigung - Anmerkungen zur IAB-Studie

Es kommt selten vor, daß sich sowohl der Bundespräsident als auch der Bundeskanzler öffentlich zu den Ergebnissen einer ökonomischen Simulationsstudie äußern. Derartige Aufmerksamkeit wurde den Simulationsrechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zu den Beschäftigungseffekten eines wirtschaftspolitischen Strategiebündels zuteil. Bereits bei den ersten Gesprächen über das bisher leider wenig erfolgreiche „Bündnis für Arbeit“ wurden die Ergebnisse des IAB zur Untermauerung der These, daß die Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 durch eine gemeinsame Anstrengung der Tarifparteien, der Unternehmen und der Politik möglich sei, auch vom Bundeskanzler zitiert. Erst kürzlich hat der Bundespräsident bei seinem vielbeachteten Aufruf, etwas gegen die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland zu tun, auf die Ergebnisse der IAB-Studie verwiesen. Auch im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit ist die Studie von den Vertretern der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und des Staates zustimmend zur Kenntnis genommen worden. In Anbetracht dieser seltenen Übereinstimmung aller Beteiligten stellt sich die Frage, wieso die vorgeschlagenen Politikmaßnahmen nicht aufgenommen werden, um die Massenarbeitslosigkeit abzubauen.

### Anhaltende Beschäftigungsprobleme

Falls keine beschäftigungspolitischen Maßnahmen ergriffen werden, ist nach dem Basisszenario der IAB-Studie auch bis zum Jahr 2005 trotz steigender Beschäftigung mit einem anhaltend hohen Niveau der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zu rechnen (über die Entwicklung in Ostdeutschland werden in der IAB-Studie keine Aussagen getroffen). Dabei wird von einem durchschnittlichen

## BA und IAB zur Beschäftigungskrise

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von ca. 2 % p.a. ausgegangen. Wie am ZEW durchgeführte Untersuchungen zeigen, entspricht diese Wachstumsrate annähernd der sogenannten Beschäftigungsschwelle (=Wirtschaftswachstum, bei dem die Beschäftigung weder steigt noch sinkt). Da im Basisszenario von der Lohnpolitik keine zusätzlichen Beschäftigungsimpulse zu erwarten sind („produktivitätsorientierte“ Lohnpolitik), ist zu vermuten, daß sich der Beschäftigungsanstieg durch den unterstellten weiteren trendmäßigen Rückgang der effektiven Jahresarbeitszeit um ca. 1% p.a. ergibt. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ergibt sich aus der prognostizierten weiteren Zunahme des Erwerbspersonenpotentials, einschließlich der „Stillen Reserve“.

### ... und deren Lösung

Von Vertretern des IAB und in der öffentlichen Diskussion wird diesem Basisszenario meist das als „Strategiebündel S6“ bezeichnete Szenario gegenübergestellt (s. Kasten). Der Charme dieses Strategiebündels besteht zum einen darin, daß es eine ausgeglichene Lastenverteilung suggeriert. Zwar wird den Gewerkschaften eine zurückhaltende Lohnpolitik zugemutet, dies soll aber ausgeglichen werden durch weitere Arbeitszeitverkürzung und die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge. Zum anderen resultiert die Attraktivität des Strategiebündels aus den vorhergesagten hohen Beschäftigungszuwächsen und dem deutlichen Rückgang der ausgewiesenen und versteckten Arbeitslosigkeit (vgl. Abb.1). Sowohl kurzfristig als auch langfristig ergeben sich nach den IAB-Simulationen bei der Einführung des Strategiebündels gegenüber dem Basisszenario erhebliche Beschäftigungszuwächse. Diese kumulieren bis zum Jahr 2005 auf fast 2,5 Millionen Erwerbstätige; bezogen auf das Beschäftigungsniveau des Jahres 1996 ist dies eine Zunahme um immerhin fast 9%. Dieser Beschäftigungsanstieg ist zum überwiegenden

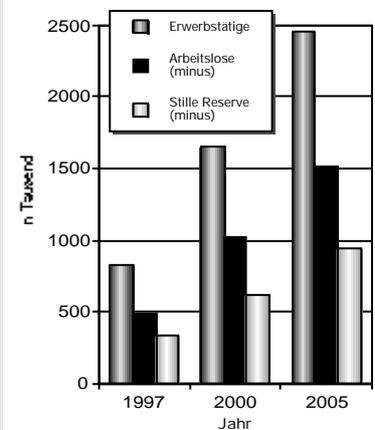
Teil auf einen Rückgang der Arbeitslosigkeit zurückzuführen.

### Die zentrale Rolle der Lohnpolitik

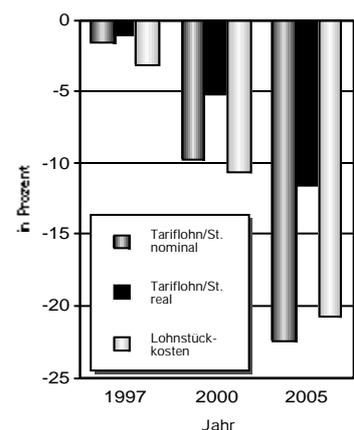
Allerdings hat diese bemerkenswert positive Arbeitsmarktentwicklung auch ihren Preis. In Abbildung 2 ist die Entwicklung der nominalen und realen Tarifföhne sowie der Lohnstückkosten entsprechend den IAB-Simulationen dargestellt. Bis zum Jahr 2005 kumuliert die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften zu einer Abweichung der Tarifföhne vom Basisszenario von nominal ca. 22% und real knapp 12%. Die Lohnstückkosten steigen in diesem Zeitraum kumuliert um ca. 20% weniger stark als im Basisszenario. Da bei diesem der tarifliche Reallohn um ca. 2% p.a. steigt, kommt es auch nach den Simulationsergebnissen entsprechend dem vorgeschlagenen Strategiebündel nicht zu einem Absinken des Lohnniveaus. Allerdings wird von der bisherigen „produktivitätsorientierten“ Lohnpolitik abgewichen: Produktivitätssteigerungen werden überwiegend zur Schaffung von Arbeitsplätzen verwendet und stehen für Lohnerhöhungen und/oder Arbeitszeitverkürzungen nicht mehr im bisherigen Ausmaß zur Verfügung.

Welchen Stellenwert hat nun eine zurückhaltende Lohnpolitik im Rahmen des vorgeschlagenen Strategiebündels? Leider läßt sich diese Frage auf der Grundlage der vorliegenden Dokumentation der IAB-Studie nicht exakt beantworten, da die simulierten Beschäftigungseffekte einer isolierten relativen Senkung der Tarifföhne, wie sie im Strategiebündel angenommen wurde (s. Kasten), in der vorliegenden Dokumentation nicht explizit ausgewiesen sind. Näherungsweise kann die unterstellte zurückhaltende Lohnpolitik aber auch durch eine in der Dokumentation ausgewiesene isolierte Simulation erfaßt werden, bei der die Tarifföhne ab dem Jahr 1997 um 1% unter der Produktivitätsrate abgesenkt werden. Dies wäre mit einer ähnlichen Größenordnung der kumulierten Abweichung der Tarifföhne im

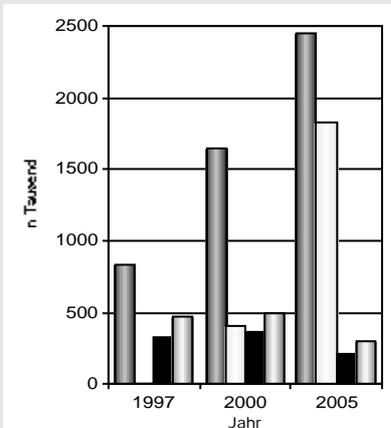
**Entwicklung von Erwerbstätigen, Arbeitslosen und Stiller Reserve**  
(Strategiebündel S6 – kumulierte Abweichung vom Referenzszenario)



**Entwicklung der Tarifföhne und der Lohnstückkosten**



**Vergleich Beschäftigungsentwicklung Strategiebündel S6 vs. isolierte Politikmaßnahmen**



Anmerkung: Die Beschäftigung reagiert um eine Periode verzögert auf eine Lohnsenkung.  
Quelle: IAB Werkstattbericht, Nr. 5/1996, Anhangtabellen, S61, S. 16.

## BA und IAB zur Beschäftigungskrise

Jahr 2005 vom Basisszenario wie beim vorgeschlagenen Strategiebündel verbunden (vgl. Tab. 2.7 im Anhang des oben zitierten IAB-Werkstattberichts). Die daraus resultierende Beschäftigungsentwicklung wird in Abbildung 3 mit jener des Strategiebündels sowie isolierter Maßnahmen zum Abbau von Überstunden (entsprechend dem Strategiebündel, s. Kasten) verglichen. Andere isolierte Maßnahmen aus dem Strategiebündel, wie bspw. die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge bei Gegenfinanzierung durch eine Erhöhung der indirekten Steuern, sollen hier nicht betrachtet werden, da von diesen auch

Arbeitszeitverkürzung über die Zeit zwar deutlich, bleibt aber positiv. Dabei wird unterstellt, daß durch die Arbeitszeitverkürzung nicht nur bestehende Beschäftigungsverhältnisse gesichert, sondern auch die Arbeitslosigkeit in größerem Umfang reduziert werden kann. Nicht berücksichtigt werden bestehende Strukturdiskrepanzen am Arbeitsmarkt. Wie empirische Untersuchungen gezeigt haben, ist ein erheblicher Teil der Arbeitslosigkeit strukturell bedingt und kann weder durch aggregierte Nachfragepolitik noch durch Arbeitszeitverkürzung abgebaut werden. Dies hat sich auch in der zweiten Hälfte der achtziger Jah-

um ca. 1,8 Millionen Personen im Jahr 2005. Eine zurückhaltende Tarifpolitik stellt somit die entscheidende Komponente im vorgeschlagenen Strategiebündel dar.

### Erfolgsaussichten

Ist zu erwarten, daß diese in dem unterstellten Ausmaß tatsächlich realisiert werden kann? Dies würde zum einen ein grundlegend geändertes Verhalten der Gewerkschaften voraussetzen, da Produktivitätsfortschritte nicht mehr wie bisher in Form von Reallohnsteigerungen und/oder Arbeitszeitverkürzungen zur Verfügung stünden. Immerhin sind auch in den letzten Jahren, die durch stark steigende Arbeitslosigkeit und zurückhaltende Lohnabschlüsse gekennzeichnet waren, die für die Arbeitsnachfrage der Unternehmen entscheidenden realen Lohnkosten noch leicht gestiegen. Zum anderen ist unsicher, ob bei deutlich steigender Beschäftigung und sinkender Arbeitslosigkeit die Effektivlöhne nicht den Tariflöhnen vorausseilen und sich für die Gewerkschaften Legitimationsprobleme gegenüber ihren Mitgliedern ergeben. Andererseits werden die Gewerkschaften auch nur dann zu zurückhaltenden Lohnforderungen über einen längeren Zeitraum bereit sein, wenn sich auch tatsächlich kurzfristig deutliche Beschäftigungsgewinne zeigen. Hier vertraut die IAB-Simulationsstudie auf eine starke Zunahme der Beschäftigung durch Arbeitszeitverkürzungen. Dieser Zusammenhang erscheint im zugrundeliegenden makroökonomischen Modell, nicht zuletzt wegen der Vernachlässigung jeglicher Struktureffekte, alles andere als gut fundiert und wird auch durch die vorliegende empirische Evidenz anderer Studien für Deutschland nicht bestätigt. Es ist daher vielleicht auch nicht verwunderlich, daß trotz der positiven Aufnahme des vorgeschlagenen Strategiebündels in der öffentlichen Diskussion dessen Umsetzung nicht auf der Tagesordnung steht.

*Information: Dr. Viktor Steiner,  
0621/1235-151*

### Strategiebündel S6

- die Tariflöhne steigen von 1997 - 1999 im Umfang der Preise und ab 2000 im Umfang des Produktivitätsfortschritts;
- die zuschlagspflichtigen Überstunden werden ab 1997 um 40% reduziert und Teilzeitbeschäftigung wird um ca. 5%-Punkte erhöht;
- die Sozialversicherungsbeiträge werden 1997, 1999 und 2000 um je 1%-Punkt gesenkt;
- die Vermögenssteuer wird ab 1998 abgeschafft;
- die staatliche Investitionen werden ab 1997 real um 10 Mrd. DM angehoben; Die Einnahmeausfälle des Staates bzw. der Sozialversicherungsträger werden gegenfinanziert durch:
- ab 1998 schrittweise zunehmende Einsparungen der Staatsausgaben (von 10 Mrd. 1988 sukzessive zunehmend bis zu 100 Mrd. 2005, insgesamt um 400 Mrd. DM);
- die Mineralölsteuer wird 1997, 1999 und 2001 um je 0,20 DM/Ltr. angehoben und
- die Mehrwertsteuer wird 2001 um 1%-Punkt erhöht.

Quelle: W. Klauder/P. Schnur/G. Zika (1996), Wege zu mehr Beschäftigung - Simulationsrechnungen bis zum Jahr 2005 am Beispiel Westdeutschlands, IAB Werkstattbericht, Nr. 5/1996, S. 35f.

nach den IAB-Simulationen keine größeren Beschäftigungseffekte zu erwarten sind.

### Kurz- und langfristige Effekte

Der Vergleich weist darauf hin, daß sich die Effekte je nach Fristigkeit erheblich unterscheiden. Kurzfristig wirkt vor allem die Arbeitszeitverkürzung, wobei sich die isolierten Effekte des Überstundenabbaus und der Erhöhung der Teilzeitquote nur geringfügig unterscheiden. Aufgrund von Produktivitätssteigerungen und nicht näher erläuterten anderen Effekten sinkt der Beschäftigungszuwachs einer

re gezeigt, wo hohe BIP-Wachstumsraten zwar zu einem deutlichen Beschäftigungsanstieg geführt haben, dieser die registrierte Arbeitslosigkeit aber nur in einem vergleichsweise geringem Umfang (ca. 500 Tsd. Personen) reduziert hat.

Längerfristig dominiert auch im IAB-Szenario aufgrund ihres kumulativen Effekts jedoch eine zurückhaltende Lohnpolitik die Beschäftigungsentwicklung. Nach den IAB-Simulationen käme es bei einem mehrjährigen Zurückbleiben der Tarifabschlüsse hinter dem Produktivitätswachstum um einen 1%-Punkt p.a. zu einem kumulierten Beschäftigungsanstieg

## Forschungsergebnisse und Vorträge am ZEW

### Qualifikation, Weiterbildung und Arbeitsmarkterfolg

Angesichts knapper werdender öffentlicher Haushaltsmittel wird es für die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik notwendig sein, Qualitäts- und Effizienzgesichtspunkte stärker in den Vordergrund zu rücken. Gerade in einem staatlich geprägten Bildungssystem, das nicht wie in marktwirtschaftlich orientierten Bildungssystemen auf den Marktpreis als Qualitätssignal bauen kann, sind quantitativ verlässliche Studien zur Wirksamkeit von Bildungsinvestitionen notwendig. Im Rahmen eines Workshops diskutierte ein kleiner Kreis von Ökonomen, Ökonometrikern und Soziologen im Oktober 1997 ausgewählte Probleme der Messung der Wirksamkeit von Bildungs- und der Arbeitsmarktpolitik und neuere empirische auf die Bundesrepublik bezogene Studien aus dem Bereich der Arbeitsmarkt- und Bildungsforschung.<sup>1</sup>

Die quantitative Bestimmung des Erfolgs von arbeitsmarkt- oder bildungspolitischen Maßnahmen für einen Teilnehmer ist ein nicht ganz triviales methodisches Problem: Der aus einer Maßnahme resultierende Erfolg (z. B. die Wiederbeschäftigungswahrscheinlichkeit eines Arbeitslosen oder der Verdienstzuwachs aufgrund einer Fortbildungsmaßnahme) muß mit der hypothetischen Situation verglichen werden, in der sich eine Person befinden würde, wenn sie an der Maßnahme nicht teilgenommen hätte. In den vergangenen Jahren sind statistische Verfahren weiterentwickelt worden, die in jüngster Zeit auch zur Evaluierung von ABM- und FuU-Politiken in Deutschland herangezogen wurden.

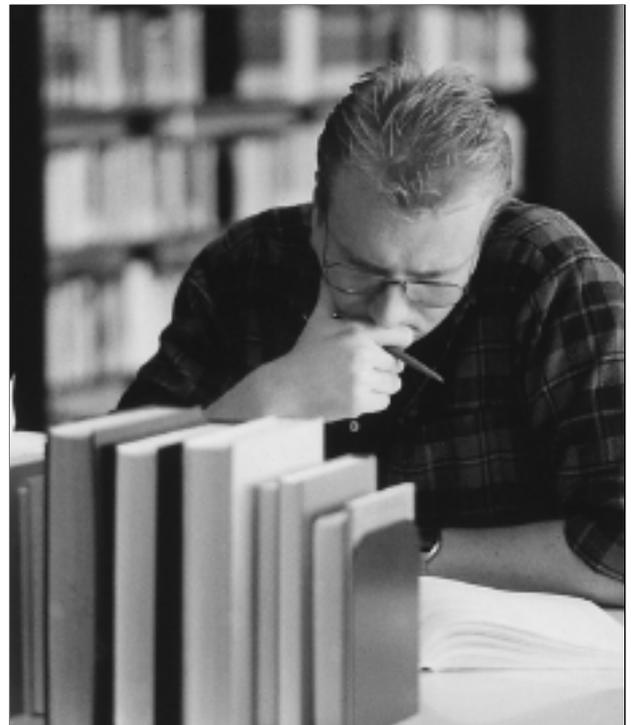
In seinem Überblick über die Theorie und Praxis der mikroökonomischen Evaluation von Qualifizierungs-

maßnahmen arbeitete Michael Lechner die Annahmen heraus, die es ermöglichen, auf der Grundlage nicht-experimenteller Daten empirische Evidenz hinsichtlich des 'counter-factual outcome', dem (hypothetischen) 'Zustand der Welt' ohne Teilnahme am Qualifizierungsprogramm, zu gewinnen. Die Validität dieser Annahmen erweist sich als zentral für die Qualität der Messung. Verfahren, die von robusteren Annahmen bezüglich der Identifikation des counter-factual outcomes ausgehen, bedürfen, um akzeptable Konfidenzbereiche zu erzielen, einer hohen Datenqualität. Deshalb plädierte Lechner für mehr gezielte Studien und einen verbesserten Zugang zu Mikrodaten.

Bernd Fitzenberger und Hedwig Prey, ebenso wie Olaf Hübler untersuchten die Beschäftigungs- und Verdienstwirkungen von Weiterbildungsmaßnahmen im ostdeutschen Transformationsprozeß. Sie zeigten einen engen Zusammenhang zwischen den verschiedenen Weiterbildungsmaßnahmen, der gewählten mikroökonomischen Methode und den Ergebnissen auf. Qualifizierungsmaßnahmen waren und sind im Transformationsprozeß unbestreitbar notwendig. Es wurde auch deutlich, daß eine systematische Qualitätskontrolle der Arbeitsmarktpolitik und methodisch verbesserte Evaluationsverfahren ebenso notwendig wären. Die Arbeit von Hübler belegt, daß innerbetriebliche Maßnahmen die Arbeitsplatzsicherheit für den einzelnen erhöhen. Dagegen bringen staatliche, nach AFG geförderte Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen nicht die erwarteten positiven Wirkungen. Fitzenberger und Prey verglichen verschiedene, in der Lite-

ratur verwendete Verfahren, und konnten in einigen Fällen signifikante positive Beschäftigungs- und Lohn-effekte feststellen. Der derzeit in der Forschung verstärkt zum Einsatz kommende Matching-Ansatz stellt zwar methodisch einen Fortschritt dar, liefert aber aufgrund großer Konfidenzbänder keineswegs immer eindeutige Ergebnisse.

Reinhard Hujer, Kay Oliver Maurer und Marc Wellner untersuchten die Effekte beruflicher Weiterbildungsmaßnahmen auf die Arbeitslosigkeits-



dauer in Westdeutschland. Weiterbildung beschleunigt den Übergang in eine Beschäftigung, wobei die kurzfristigen positiven Effekte statistisch abgesichert sind, die langfristigen Effekte allerdings nicht. Demnach ist die Wirksamkeit von Qualifizierungsmaßnahmen in den alten und neuen Bundesländern in bezug auf den Erfolgsindikator 'Wiederbeschäftigung' aus empirischer Sicht keineswegs ohne Vorbehalt gesichert.

Das Referat von Joachim Inkmann, Stefan Klotz und Winfried Pohlmeier behandelte die Frage, ob ein verunglückter Start ins Berufsleben nach einer Lehre - Abbruch der Lehre bzw. Arbeitslosigkeit nach der Lehre -

<sup>1</sup> Der Workshop unter dem Titel „Qualifikation, Weiterbildung und Arbeitsmarkterfolg“ fand am 7./8. Oktober 1997 im ZEW statt und wurde von Friedhelm Pfeiffer, Wissenschaftler am ZEW, und Winfried Pohlmeier, Professor für Ökonometrie an der Universität Konstanz, organisiert. Die Referate werden demnächst in einem ZEW-Band unter dem gleichen Titel veröffentlicht.

## Forschungsergebnisse und Vorträge am ZEW

langfristig zu Einkommenseinbußen ('permanente Narbe') führt oder nur von kurzfristiger Natur ('temporäre Blessur') ist. Die Autoren kommen zu dem Schluß, daß Personen mit einem mißglückten Arbeitsmarkt-Einstieg, verursacht durch Arbeitslosigkeit unmittelbar nach erfolgter Lehre, mit einer permanenten Verschlechterung der individuellen Einkommenssituation zu rechnen haben. Eine Politik der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, ohne Berücksichtigung der bedeutenden zweiten Hürde, dem Einstieg in ein erstes langfristiges Beschäftigungsverhältnis, verlagert das Problem der Arbeitslosigkeit somit auf ältere Berufskohorten. Ferner liefern die empirischen Ergebnisse einen Hinweis darauf, daß die individuelle Jugendarbeitslosigkeit eher als Negativsignal für potentielle Arbeitgeber zu verstehen ist, so daß der Nutzen von FuU-Maßnahmen als begrenzt angesehen werden muß.

Klaus Schömann und Rolf Becker stellten in ihrem Beitrag die Selektivität des Zugangs in die berufliche Weiterbildung heraus, der in den achtziger Jahren in hohem Maße von dem bereits erreichten Ausbildungsstand und auch vom Geschlecht abhängt. Weiterbildung verändert die Einkommensverteilung im Sinne einer Bildungskumulation, wengleich die Erträge von Weiterbildung ähnlich denjenigen von Bildung im Laufe der Jahre zurückgegangen sind.

Markus Pannenberg untersuchte mit Daten aus den Jahren 1986 bis 1993 für Westdeutschland die Beteiligung an Weiterbildung und deren Einkommenseffekte in Abhängigkeit von der Berufserfahrung und der Betriebszugehörigkeit. Die Analyse zeigt, daß sich Weiterbildung in den ersten Berufs- und Betriebsjahren und nach zehn bis fünfzehn Jahren häuft und daß sich differenzielle Einkommenseffekte auch nach langer Betriebszugehörigkeit ergeben. Die Ergebnisse zeigen die empirische Relevanz der von der Politik propagierten Norm des lebenslangen Lernens auf.

Knut Gerlach und Uwe Jirjahn untersuchten die Determinanten und

Wirkungen betrieblicher Weiterbildungsmaßnahmen mit aktuellen Unternehmensdaten aus Niedersachsen. Neue Technologien, ein hohes Qualifikationsniveau der Beschäftigten, moderne Arbeitsformen, partizipatives Management und eine auf Innovation ausgerichtete Firmenstrategie haben auch verstärkte Weiterbildungsaktivitäten in den Betrieben zur Folge. Ihren Ergebnissen nach sind in niedersächsischen Unternehmen die Pro-Kopf-Ausgaben für Weiterbildung (bezogen auf die Gesamtbeschäftigten) zwischen 1993 und 1995 von 340 auf 250 DM gefallen.

Friedhelm Pfeiffer referierte über die Bedeutung der formalen und nicht formalen Weiterbildung im Erwerbsleben als Quelle des Kenntniserwerbs für die im Arbeitsleben erforderliche Qualifikation in Relation zur Berufsausbildung. Seine Ergebnisse legen die Vermutung nahe, daß die Bedeutung der beruflichen Erstausbildung für die Anforderungen des Arbeitslebens nicht unterschätzt werden darf. Auch wenn die Halbwertszeit des Wissens ständig kürzer wird, kann eine qualitativ hochwertige Erstausbildung nur in begrenztem Maße durch Weiterbildung ersetzt werden.

Die Revolution in der Mikroelektronik hat zu einer ständigen Höherqualifizierung der Erwerbstätigen geführt. Martin Falk und Bertrand Koebel zeigten in ihrem Beitrag die Geschwindigkeit der Höherqualifizierung für wissensintensive und nicht-wissensintensive Wirtschaftszweige der Industrie in einem Modell mit heterogener Arbeitsnachfrage auf. Neben dem technischen Fortschritt wird die Bedeutung der Arbeitskosten und der Lohnspreizung für den Einsatz der Arbeit quantifiziert. Insbesondere in forschungsintensiven Industrien könnte der technologisch bedingte säkulare Rückgang der Nachfrage nach schlecht ausgebildeten Arbeitskräften nur mit einer Lohnspreizung kompensiert werden, die aus sozialpolitischer Sicht fragwürdig ist.

Matthias Staat zeigte mit einem Vergleich und einer Bewertung verschiedener Arbeitsmarktpolitiken von OECD-Ländern die Grenzen ein-

dimensionaler Politikansätze auf. Der Autor kritisierte die gängige Praxis, Politikempfehlungen aus dem Vergleich von 'stylised facts' mit den Ergebnissen partialanalytischer Studien abzuleiten. Vielmehr müsse der Beitrag jedes Instrumentes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angesichts konfligierender Zielkonstellationen beurteilt werden. Nach den Ergebnissen von Staat kann die deutsche Arbeitsmarktpolitik nicht als effizient angesehen werden. Effizienzgewinne wären bei der Lockerung des Kündigungsschutzes und weniger bei der Flexibilisierung der Löhne zu erwarten.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit von gering- und mittelqualifizierten Arbeitskräften wurde auch die Frage diskutiert, ob das Bildungssystem mit der durch den technischen Fortschritt bedingten Höherqualifizierung Schritt gehalten hat und welche Lehren für die Zukunft der allgemeinen und beruflichen Bildung gezogen werden können. Olaf Hübler diskutierte eine ganze Reihe von Instrumenten zur Verbesserung von Schulen und Universitäten. Die Palette reiche von der Einrichtung von Bildungsfonds über Bildungsgutscheine bis zu mehr Leistungsanreizen für das Lehrpersonal. Friedhelm Pfeiffer beleuchtete die Frage, für welche Teile der Bildung (Erstausbildung, Weiterbildung) der Staat in Zukunft verantwortlich sein soll und wie die beiden Teile optimal miteinander verknüpft werden könnten. Da das staatliche Bildungsangebot zum Teil standardisiert sein muß und der Staat vor allem da tätig werden muß, wo die Gefahr des Marktversagens dies rechtfertigt und quantitativ besonders nachteilig wirkt, ist eine Konzentration staatlicher Bildungsinvestitionen notwendig.

Insgesamt zeigte die Diskussion, daß eine systematische und regelmäßige Erfolgskontrolle staatlicher Maßnahmen mit modernen ökonomischen Methoden zwar ein anspruchsvolles, aber keineswegs aussichtsloses Unterfangen ist.

*Information: Dr. Friedhelm Pfeiffer,  
Tel. 0621/1235-150*

## Forschungsergebnisse und Vorträge am ZEW

### Arbeitsmarkt und Selbständige 1991-1995

Zwischen den Jahren 1991 und 1995 hat die Zahl der Selbständigen in den alten Bundesländern um 180 Tsd. Personen (plus 6,4%) und in den neuen Bundesländern um 137 Tsd. (plus 39%) zugenommen. Die Zahl der Selbständigen mit mehr als vier Beschäftigten stieg in den alten und neuen Bundesländern mit 16,6% bzw. 137% überdurchschnittlich an.

In den neuen Bundesländern spiegelt die Zunahme der Selbständigen

lich etwa 280 Tsd. Personen erstmals selbständig. Nach den Mikrozensuszahlen nahm die Zahl der Selbständigen im Bestand um 45 Tsd. Personen je Jahr zu. Somit schieden jedes Jahr etwa 235 Tsd. Personen wieder aus der Selbständigkeit aus. Gleichzeitig ist die Zahl der abhängig Beschäftigten gefallen. Insgesamt, so lautet daher das Fazit aus dieser einfachen Rechnung, ist der Entlastungseffekt durch neue Selbständige für den Arbeitsmarkt in der ersten Hälfte der neunziger Jahre eher bescheiden ausgefallen.

### Arbeitnehmer und Selbständige in den alten und neuen Bundesländern 1991, 1993 und 1995

(alle Angaben in Millionen)

| Region              | Alte Bundesländer |       |       | Neue Bundesländer |       |       |
|---------------------|-------------------|-------|-------|-------------------|-------|-------|
| Jahr                | 1991              | 1993  | 1995  | 1991              | 1993  | 1995  |
| Arbeitnehmer        | 27,5              | 27,4  | 26,8  | 7,46              | 6,21  | 6,38  |
| Selbständige        | 2,76              | 2,83  | 2,94  | 0,349             | 0,436 | 0,486 |
| ohne Beschäftigte   | 1,24              | 1,26  | 1,33  | 0,160             | 0,186 | 0,210 |
| bis 4 Beschäftigte  | 1,21              | 1,21  | 1,25  | 0,162             | 0,197 | 0,212 |
| über 4 Beschäftigte | 0,306             | 0,359 | 0,357 | 0,027             | 0,053 | 0,064 |

Quelle: Eigene Berechnungen mit der 70%-ZEW-Stichprobe des Mikrozensus 1991, 1993, 1995.

den marktwirtschaftlichen Aufholprozeß wieder. Eine Angleichung der Wirtschaftsstrukturen in den alten und neuen Bundesländern wird auch tendenziell zu einer Angleichung der Selbständigenanteile führen.

Nach einer Studie des DIW haben sich in den alten Bundesländern zwischen 1990 und 1995 1,4 Mio. Personen und 0,5 Mio. Personen in den neuen Bundesländern erstmals selbständig gemacht. Die Werte wurden basierend auf dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) berechnet. Sind die Zahlen in der Tendenz richtig, dann zeigt der Vergleich der Flußgrößen (neue Selbständige) und der Bestandsgrößen (Selbständige jeweils im April eines Jahres) eine große Ein- und Austrittsdynamik im Bereich der kleinen Unternehmen auf, deren Ausmaß mit einer einfachen überschlägigen Rechnung verdeutlicht werden soll.

Nach der SOEP-Hochrechnung wurden in den neunziger Jahren jähr-

Da die Mehrzahl der Selbständigen längerfristig selbständig ist, deutet die hohe Zahl der neuen Selbständigen bei relativ geringem Bestandswachstum auf die hohe Fluktuation der neuen Existenzgründer hin. Das ist an sich zu begrüßen, da die Marktwirtschaft auf Versuch und Irrtum und Experimente, die auch mit einem erheblichen Risiko behaftet sind, angewiesen ist. Es verursacht aber auch Anpassungskosten und Verluste. Die Zahl der überlebendigen Unternehmen in einem Markt wird vor allem von der Produktionstechnologie in Verbindung mit den Präferenzen der Nachfrager bestimmt. Finden Existenzgründungen über dieses Maß hinaus statt, so führt dies im wesentlichen zu einer höheren Zahl von Konkursen und Gründungen, ohne letztlich die Unternehmen im Bestand zu erhöhen.

Information: Dr. Friedhelm Pfeiffer,  
Tel. 0621/1235-150

### Weiterbildung in Frankreich

In dem Vortrag „Verdiensteffekte von Weiterbildung“ referierte Dominique Goux vom Centre de Recherche en Economie et Statistique (CREST) im ZEW-Seminar über die Ergebnisse ihrer mit Eric Maurin erstellten ökonomischen Untersuchungen zu den Bestimmungsgründen der individuellen Teilnahme an betrieblicher Weiterbildung und deren Verdienstwirkungen in Frankreich.

Die Untersuchung basiert auf Personendaten der französischen Erhebungen zum Thema „Ausbildung und Qualifikation“. Ohne Berücksichtigung der Selbstselektion führt Weiterbildung zu einem Verdienstzuwachs von 5 Prozent. Wird allerdings berücksichtigt, daß die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung nicht zufällig ist, dann sinken die geschätzten Verdienstzuwächse auf Werte nahe Null. Dominique Goux schließt daraus, daß nicht die Weiterbildungsmaßnahmen an sich zu einem Verdienstzuwachs führten, sondern nicht beobachtete Eigenschaften und Fähigkeiten der Personen sowie nicht beobachtete Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmern und Unternehmen. Ob die Ergebnisse mit der staatlichen Weiterbildungspflicht in Frankreich und den daraus sich ergebenden Anreizproblemen zusammenhänge, müsse noch erforscht werden.



Dominique Goux referierte zum Thema „Weiterbildung in Frankreich“.

## Forschungsergebnisse und Vorträge am ZEW

### Theoretische und Empirische Wirtschaftsforschung

Anlässlich des 70. Geburtstages von Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz König veranstaltete das ZEW ein wissenschaftliches Symposium, bei dem aktuelle Ergebnisse der fünf Forschungsbereiche vorgestellt wurden. Das ZEW ehrte mit dem Symposium einen Wissenschaftler, der als Gründungsdirektor des ZEW zwischen 1991 und 1997 entscheidenden Anteil am erfolgreichen Aufbau des Instituts hatte. Prof. Dr. Wolfgang Franz betonte in seiner Eröffnungsrede, daß das Themenspektrum ganz bewußt möglichst breit gefaßt wurde, um den vielfältigen wirtschaftswissenschaftlichen Interessen Königs Rechnung zu tragen.

#### Nachhaltigkeit und Innovation

*Referenten: Dr. K. Rennings und J. Hemmelskamp, Diskutant: Prof. Dr. W. Pohlmeier*

Welche Empfehlungen können aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht für eine Innovationspolitik gegeben werden, die - wie inzwischen im Umweltforschungsplan der Bundesregierung geschehen - den Schutz der Umwelt als Ziel von Innovationen ausdrücklich anerkennt und anstrebt. Zunächst einmal erfordere die ökologische Orientierung der Innovationspolitik ein neues Begriffsverständnis, das über technisch-organisatorische Neuerungen hinaus auch soziale und institutionelle Änderungen enthalte. Prinzipien für eine innovationsfreundliche Umweltpolitik, die gleichzeitig Innovationen fördere und dabei die Öko-Effizienz von Produktion und Konsum steigern, seien erstmals in der sogenannten Porter-Hypothese formuliert worden. Die Porter-Hypothese, die langfristig einen positiven Zusammenhang zwischen strikter Umweltpolitik und internationaler Wettbewerbsfähigkeit formuliert, wird seit einigen Jahren diskutiert. Die empirische Evidenz beruht bislang allerdings nur auf Fallstudien. Als Ingredienzen einer innovationsorientierten Umweltpolitik nannten die Referenten folgende Bedingungen:

1. eine flexible und vorausschauende staatliche Förderpolitik, die Pilotmärkte für Umweltinnovationen schafft;
2. eine strategisch angelegte Umweltpolitik, die sich unter anderem in langfristigen Umweltplänen mit glaubwürdigen Umweltqualitätszielen äußert;
3. die Nutzung von marktkonformen Anreizinstrumenten wie Abgaben und handelbaren Umweltnutzungsrechten.

#### Kooperation für Innovation in der Industrie und im Dienstleistungssektor

*Referenten: Dr. G. Licht und U. Kaiser, Diskutant: Prof. Dr. K. F. Zimmermann*

Kooperationen in Forschung und Entwicklung (FuE) werden in Zeiten, in denen Innovationen nur mit einem beträchtlichen finanziellen Aufwand gewonnen werden können, immer wichtiger. Kaiser und Licht analysierten in ihrem Beitrag die Bestimmungsfaktoren von FuE-Kooperationen. Dabei verwendeten sie Daten aus dem Mannheimer Innovationspanel.

Für FuE betreibende Firmen stellt sich das Problem, daß nicht nur sie selbst, sondern auch andere Firmen von ihren Forschungsanstrengungen profitieren. Selten lassen sich neue Verfahren oder Produkte vollständig geheim halten. Wird ein neues Produkt erst einmal verkauft, so kann es leicht nachgebaut werden. Vor solchen Wissensabflüssen ist ein Unternehmen nicht gefeit. Umgekehrt profitiert es natürlich auch von den Forschungsanstrengungen anderer. Die Höhe der Spillovers bestimmt die Bereitschaft, FuE in Kooperation mit anderen Firmen zu bestreiten. Gemeinsame Forschungsanstrengungen zeichnen sich gerade dadurch aus, daß die Kooperationspartner aus den Ergebnissen vollständigen Nutzen ziehen und gleichzeitig die Kosten für das Know-how teilen.

Weiter kamen Kaiser und Licht zu dem Ergebnis, daß FuE-Kooperationen eher zwischen Kunden und Zulie-

ferern als zwischen Wettbewerbern zustande kommen. Schließlich will man sich gerade durch neue Produkte oder eine kostengünstigere Produktion vom Konkurrenten absetzen. Wird FuE in Kooperation betrieben, so steigt die effektive Höhe der Ausgaben für Forschung bezogen auf den Umsatz der Firmen (FuE-Intensität). Effektiv bedeutet hier, daß sowohl die Höhe der Wissens-Spillovers als auch die tatsächlichen FuE-Ausgaben betrachtet werden. Die Wirkung von FuE-Kooperationen auf die Höhe der FuE-Intensität der einzelnen kooperierenden Firmen hingegen ist unklar. Zwei Effekte stehen sich hier gegenüber. Zum einen kann durch gemeinsame Forschung an Effizienz gewonnen werden, zum anderen verkleinern FuE-Kooperationen die Höhe der Wissensabflüsse, was wiederum die Höhe der FuE-Intensität stimuliert.

Der empirische Test dieser drei Hypothesen, - (1.) hohe Wissensabflüsse erhöhen die Bereitschaft zur Kooperation, (2.) FuE-Kooperation gibt es eher zwischen Kunden und Zulieferern als zwischen Wettbewerbern und (3.) gemeinsame FuE führt zu höheren effektiven FuE-Ausgaben - führte zu dem Ergebnis, daß FuE-Kooperationen keinen sehr großen Effekt auf die Höhe der FuE-Intensität haben. Kooperieren jedoch Kunden und Zulieferer, wirken sich Spillovers auf die Kooperationsbereitschaft aus.

#### Lohnstruktur und Beschäftigung

*Referent: Dr. V. Steiner; Diskutant: Prof. Dr. H. Entorf*

In einer gemeinsamen Arbeit mit Robert Mohr von der Universität Texas at Austin analysierte Viktor Steiner den dramatischen Rückgang im Beschäftigungsanteil geringqualifizierter Arbeitnehmer in Westdeutschland, wobei der vermutete Zusammenhang mit der relativ rigiden Lohnstruktur im Mittelpunkt stand. Ein zentrales Ergebnis der empirischen Analyse besteht darin, daß die Substitutionselastizität zwischen ge-

## Forschungsergebnisse und Vorträge am ZEW

ringqualifizierten Arbeitskräften und Facharbeitern in den meisten Sektoren der westdeutschen Wirtschaft relativ gering ist. Ausnahmen stellen bei den Männern die Bauwirtschaft und bei den Frauen die persönlichen Dienstleistungen dar. Die Analyse der Lohnstruktur zeigt, daß in diesen Sektoren im Zeitraum 1975 bis 1990 die Löhne geringqualifizierter Arbeitskräfte relativ zu Facharbeitern im Gegensatz zum allgemeinen internationalen Trend sogar zugenommen haben. Daher hätte gerade in diesen Sektoren ein geringerer Anstieg der Löhne geringqualifizierter Arbeit zu einer Stabilisierung des Beschäftigungsanteils dieser Gruppe beitragen können. Hingegen kann in den meisten anderen Wirtschaftssektoren nur ein geringer Teil des Rückgangs im Beschäftigungsanteil geringqualifizierter Arbeit auf eine inflexible Lohnstruktur zurückgeführt werden. Dieser Beschäftigungsanteil hat bei den Männern (Frauen) jährlich um ca. 3% (6%) relativ gleichmäßig über alle untersuchten Wirtschaftssektoren abgenommen.

Für das Verarbeitende Gewerbe zeigte eine detailliertere Analyse, daß dieser Rückgang in Branchen mit hohem Produktivitätswachstum deutlich stärker ausgeprägt war als in weniger dynamischen Branchen. Hingegen zeigten sich bezüglich eines größeren internationalen Wettbewerbsdrucks, gemessen durch die Importquoten in einzelnen Industrien, keine nennenswerten Effekte. Diese Ergebnisse bestätigen die Hypothese, daß eher der technologische Wandel als der internationale Wettbewerb in Verbindung mit einer relativ rigiden Lohnstruktur zu dem Beschäftigungsrückgang geringqualifizierter Arbeit beigetragen hat.

### **Auswirkungen von wirtschaftspolitischen Ereignissen auf Finanzmarkterwartungen**

*Referenten: Dr. M. Schröder und R. Dornau; Diskutant: Prof. Dr. W. Gaab*

Wie hängen Zins- und Wechselkursserwartungen zusammen und welchen

Einfluß haben wirtschaftspolitische Ereignisse auf die Erwartungsbildung bei Zinsen und Wechselkursen? Zu diesen Fragen stellten Schröder und Dornau neue Erkenntnisse vor. Empirische Grundlage der ökonometrischen Analysen ist der ZEW-Finanzmarkttest. Damit kann die Arbeit von Schröder und Dornau auf originäre Erwartungsdaten zurückgreifen, um Zusammenhänge zwischen Zins- und Wechselkursserwartungen im internationalen Kontext zu untersuchen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Analyse der Auswirkungen wirtschaftspolitischer Ereignisse auf die Finanzmarkterwartungen. Speziell werden dabei solche wirtschaftspolitischen Ereignisse berücksichtigt, die einen direkten Zusammenhang mit der Europäischen Währungsunion aufweisen.

Schröder und Dornau wiesen auf starke länderspezifische Unterschiede zwischen Zins- und Wechselkursserwartungen hin. Bei den EWS-Währungen Italienische Lira und Französischer Franc geht die Erwartung einer Abwertung zur D-Mark einher mit einer erwarteten steigenden Zinsdifferenz zu Deutschland. Dies ist zurückzuführen auf vermutete Stützungsaktionen der Zentralbanken an den Devisenmärkten, die der Währungsschwäche durch höhere Geldmarktzinsen entgegenwirken können. Beim US-Dollar und beim Britischen Pfund treten dagegen die umgekehrten Zusammenhänge auf. Bei Erwartung einer steigenden Zinsdifferenz zwischen USA und Deutschland wird mit einer Aufwertung des US-Dollar zur D-Mark gerechnet. Die Umfrageteilnehmer gehen hier also von der Annahme aus, daß höhere US-Zinsen zu einer Zunahme der Kapitalanlagen in den USA und damit zu einer Aufwertung des US-Dollar führen.

### **Zur politischen Ökonomie von Preisindizes**

*Referent: PD D. Harhoff, Ph.D.; Diskutant: PD Dr. M. Lechner*

Mißt der deutsche Preisindex die

Kosten für die Lebenshaltung korrekt? In den USA ist nach Vorlage des Berichts der Boskin Commission eine intensive Diskussion darüber entbrannt, ob und in welchem Umfang der Consumption Price Index (CPI) die Veränderung der Lebenshaltungskosten verzerrt wiedergibt. Diese Diskussion ist vor dem Hintergrund umfangreicher Indexierungen zu sehen, die Transferzahlungen des Staates an die Preisentwicklung koppeln. Harhoffs Beitrag faßte die wesentlichen Ergebnisse der Boskin-Studie zusammen und diskutierte die kontroversen Positionen. Das Statistische Bundesamt hatte in einer jüngeren Presseerklärung als Antwort auf die Rede von Alan Greenspan die Möglichkeit einer Verzerrung des deutschen Preisindex für die Lebenshaltung grundsätzlich verneint. Harhoff stellte diese Aussage in Frage und vertrat die These, daß auch der deutsche Preisindex Verzerrungen aufweise. Bei der Kontroverse geht es im wesentlichen um zwei Probleme. Zum einen ist der deutsche Preisindex nicht als Index der Lebenshaltungskosten konzipiert, sondern soll die Preisentwicklung für ein über 5 Jahre festgelegtes Güterbündel erfassen. Für ökonomische Zwecke wäre ein Lebenshaltungskostenindex jedoch sinnvoller.

Die zweite Frage betrifft qualitative Veränderungen der Produkte bzw. das Auftreten gänzlich neuer Produkte. Für die USA beziffert die Boskin Commission diese Verzerrung des amerikanischen CPI mit etwa 0,6 Prozentpunkten pro Jahr. Verzerrungen durch Einführung neuer und verbesserter Produkte werden in Deutschland wie in den USA unvollständig erfaßt und korrigiert.

Harhoff stellte anhand des Beispiels Personenkraftwagen alternative Methoden vor, mit denen sich Qualitätsveränderungen besser erfassen lassen. So ermittelte er einen hedonischen Preisindex für PKW, der im jährlichen Mittel von 1986 bis 1993 ca. 0,96 Prozentpunkte unter dem amtlichen Index liegt. Für den gesamten Preisindex schätzt er eine Verzerrung zwischen 0,3 und 0,65 Prozentpunkten. ◀

## Standpunkt

### Lohn und Beschäftigung

Der Titel dieses Beitrags kennzeichnet einen Evergreen in der lohnpolitischen Diskussion. Die Dauerhaftigkeit der kontrovers geführten Auseinandersetzung legt bereits intuitiv nahe, daß einfache Antworten nicht zu erwarten sind.

Einerseits wird der Kostenaspekt des Lohnes hervorgehoben und die Empfehlung ausgesprochen, mit Lohnzurückhaltung die Schaffung neuer wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze zu bewerkstelligen. Dabei geht es nicht nur um das Lohnniveau, sondern auch um die Lohnstruktur, das heißt um eine weitere Spreizung der Löhne insbesondere im Bereich gering qualifizierter Arbeit. Da eine solche Aufächerung der unteren Lohngruppen die Entlohnung in die Nähe von Unterstützungszahlungen (Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe) bringt, wird die Höhe und Dauer dieser finanziellen Leistungen ebenfalls zur Disposition gestellt.

Andererseits wird auf den Nachfrageaspekt des Lohnes verwiesen. Der private Konsum der Arbeitnehmer stellt eine überaus bedeutsame Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage dar. Folglich lautet die Empfehlung nun, mit einer expansiven Lohnpolitik die Massenkaukraft zu stärken und somit über eine Erhöhung der Produktion die Beschäftigung anzuregen und die Arbeitslosigkeit zu verringern. Da die Konsumneigung in den unteren Einkommenschichten vergleichsweise hoch ist, geht eine solche Forderung nach Lohnsteigerungen in der Regel mit dem Anspruch einher, Steuerentlastungen ausschließlich im unteren Entgeltbereich vorzunehmen, gegebenenfalls zu Lasten oberer Einkommensgruppen.

Lautet mithin die Alternative: Lohnsenkung oder Lohnexpansion? In der Tat kann man sich vor dem Hintergrund der aktuellen Kontroverse dieses Eindruckes nur schwer erwehren. Bei näherem Hinsehen lassen sich indessen sofort einige Irrtümer und Einseitigkeiten feststellen.

Es ist ein Irrtum, mit einer expansiven Lohnpolitik den Beschäftigungsaufbau herbeiführen zu wollen. Zwar bedarf es einer stabilen kaufkräftigen Nachfrage, um den Unternehmen verlässliche und positive Absatzerwartungen zu bieten, die sie dann zur Erweiterung ihrer Kapazitäten und zu Neueinstellungen veranlassen. Aber die Steigerung der kaufkräftigen Nachfrage kann nicht durch die Lohnpolitik induziert werden. Diese Strategie schlägt fehl, weil die zusätzliche Kostenbelastung im Zuge der Lohn erhöhungen die Unternehmen sofort und direkt belastet. Die erhofften Nachfrageeffekte treten hingegen - gesamtwirtschaftlich gesehen - auf Grund von Sickerverlusten in die Ersparnis und Importnachfrage nur partiell und mit erheblichen zeitlichen Verzögerungen und - einzelwirtschaftlich betrachtet - bei einigen Unternehmen überhaupt nicht oder nur sehr indirekt ein, weil sie keine Konsumgüter herstellen. Auf so angenehme Weise kann man sich nicht am eigenen Schopf aus der Beschäftigungsmisere ziehen. Die Nachfrageentwicklung muß vielmehr durch einen sich selbst tragenden Konjunkturaufschwung sowie durch eine Wachstumsdynamik vorangebracht werden - zum einen ausgelöst und unterstützt durch eine Exportkonjunktur und einen mittelfristig stabilen Pfad der Staatsausgaben, zum anderen gefördert durch gute Rahmenbedingungen für die Investitionen, etwa im Zuge einer international wettbewerbsfähigen Unternehmensbesteuerung.

Lohnsenkungen andererseits als Allheilmittel zu preisen, ist einseitig. In einer Reihe von Situationen läßt sich ein Beschäftigungsaufbau eben nicht durch Lohnkürzung herbeiführen. Zunächst ist zu bedenken, daß der Lohn neben dem Kosten- und Nachfrageaspekt eine Anreizfunktion erfüllt. Arbeitnehmer arbeiten effizienter und produktiver, wenn sie sich bei der Entlohnung angemessen behandelt fühlen, eine Einsicht, die bereits Henry Ford in den USA im Jahre 1914 zu einer Verdoppelung des Lohnes ermunterte und der heutzutage

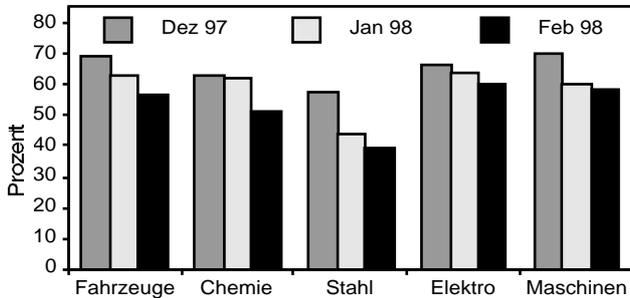
viele Unternehmen durch die freiwillige Zahlung von übertariflichen Leistungen Rechnung tragen. Zu fragen ist in diesem Zusammenhang auch, warum eine Reihe von unteren Lohngruppen überhaupt nicht mit Arbeitnehmern besetzt sind. Wollen Unternehmen bewußt niemand zu den niedrigen Löhnen beschäftigen, sind diese Löhne im Vergleich zur Produktivität immer noch zu hoch oder findet sich niemand, der für diesen Lohn bereit ist zu arbeiten? Des weiteren finden viele Arbeitslose selbst bei Lohnzugeständnissen keinen Arbeitsplatz, weil ihre Qualifikation nicht mit den Anforderungen einer offenen Stelle übereinstimmt. Schließlich ist ganz generell einer rein konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit - die aber derzeit überwiegend nicht vorliegt - nicht mit Lohn einbußen beizukommen. Wie moderne makroökonomische Modelle zeigen, sehen sich die Unternehmen in einer solchen Situation einer Absatzbeschränkung gegenüber, die durch eine mangelnde Kaufkraft verursacht ist und nicht ausschließlich kurzfristiger Natur zu sein braucht. Lohnsenkungen würden diese Ungleichgewichtssituation verstärken.

Leitend für eine abwägende Einschätzung des lohnpolitischen Handlungsbedarfes sollte das Erfordernis der Flexibilität sein. In vielen Branchen kann durch eine Reallohnentwicklung unterhalb der Fortschrittsrate der Arbeitsproduktivität (korrigiert um den Beschäftigungsrückgang) ein Beitrag für mehr Beschäftigung geleistet werden. Einzelne Unternehmen können davon durch freiwillige übertarifliche Leistungen abweichen. Gewinnbeteiligungsmodelle sollten einen bedeutend höheren Stellenwert besitzen. Der Flächentarifvertrag sollte weiter flexibilisiert werden. Insoweit eine weitere Spreizung der Lohnstruktur erforderlich ist - zu denken wäre hier vor allem an die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich - sollte dies mit begleitenden Maßnahmen im Transferbereich im Sinne einer Aufstockung des Arbeitseinkommens einhergehen.

*Wolfgang Franz*

# ZEW – Daten und Fakten

## ZEW-Finanzmarkttest Brancheneinschätzung



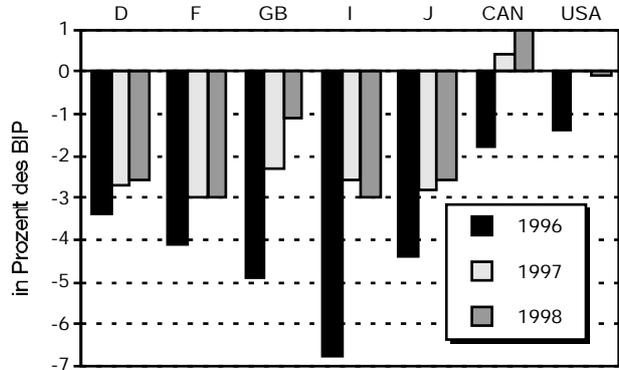
Die in der Grafik dargestellten Werte entsprechen dem Saldo aus den prozentualen Belegungen der Antwortkategorien „steigen“ und „fallen“ von rund 350 Finanzexperten hinsichtlich der künftigen Erträge in den jeweiligen Branchen.

Grafik: ZEW

Die Ertragslage der einzelnen Branchen in Deutschland steht unter dem Eindruck der Asienkrise. Besonders die exportorientierten Branchen des Investitionsgüterbereichs und der Chemie korrigierten ihre positiven Ertragsaussichten. Die derzeitige konjunkturelle Situation wird mehrheitlich als zufriedenstellend bezeichnet. Seit Oktober letzten Jahres reduziert sich die Zahl derer, die mit einer mittelfristigen Verbesserung der Wirtschaftslage in Deutschland rechnen. Über die Hälfte der Marktkenner erwarten keine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage im Laufe des nächsten halben Jahres. Ausführliche Informationen im ZEW-Finanzmarktreport 03/98.

Information: Andrea Szczesny, Tel. 0621/1235-143

## Staatsdefizite der G7-Länder



Grafik: ZEW

Die Staatsdefizite der G7-Staaten sind nach den jüngsten Schätzungen der OECD und den aktuellen Statistiken für 1997 in allen Ländern rückläufig. Für die europäischen Staaten ist das Jahr 1997 entscheidend für die Erfüllung der Konvergenzkriterien. Deutschland und Italien liegen deutlich unter der 3,0 Prozent-Grenze. In Amerika wurde hingegen ein ausgeglichener Staatshaushalt und in Kanada sogar ein Überschuss erzielt. Für das laufende Jahr prognostiziert die OECD eine weitere Stabilisierung der Staatshaushalte, wobei vor allem die positive Entwicklung in Großbritannien, Kanada und den USA als Vorbild für die anderen Industrienationen dienen sollte.

Information: Fred Ramb, Tel. 0621/1235-165

## Nutzung der Ergebnisse staatlich finanzierter Forschung in der Industrie

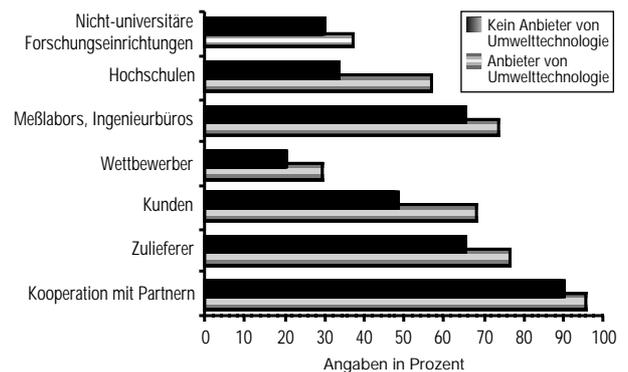
| Branche                | Umsatz mit neuen Produkten, die durch staatliche Forschung ermöglicht wurden (in Mrd DM) | Anteil am gesamten Umsatz mit neuen Produkten (in Prozent) |
|------------------------|--|--|
| Verarbeitendes Gewerbe | 19,4   | 4,5  |
| davon:                 |  |  |
| - FuE-intensiv         | 9,4  | 4,7  |
| - nicht FuE-intensiv   | 10,0   | 4,3  |

Quelle: ZEW Mannheimer Innovationspanel

Mit etwa 25 Mrd. DM pro Jahr wird Forschung an deutschen Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen gefördert. Immerhin gab ein Zehntel der innovativen Unternehmen in der ZEW-Innovationsbefragung 1996 an, auf diese Forschungsergebnisse in den letzten 3 Jahren zurückgegriffen zu haben. Mit daraus entwickelten Produktinnovationen wurde ein jährlicher Umsatz von knapp 20 Mrd. DM erwirtschaftet, etwa 5 Prozent der gesamten Umsätze mit neuen Produkten. Während FuE-intensive Branchen auf Ergebnisse der Universitäten/Forschungseinrichtungen nutzten, waren Fachhochschulen auch für nicht FuE-intensive Branchen Wissenslieferanten.

Information: Marian Beise, Tel. 0621/1235-172

## Kooperationspartner von Umweltinnovatoren



Quelle: ZEW

Eine ZEW-Befragung von 400 Unternehmen mit Innovationsaktivitäten im Umweltbereich ergab, daß 91,1 Prozent bei Innovationen mit externen Partnern kooperieren. Anbieter von Umwelttechnologie haben ein stärkeres Interesse an externen Kooperationspartnern als Unternehmen, die Umweltinnovationen nur betriebsintern umsetzen. Die wichtigsten Kooperationspartner bei Umweltinnovationen sind Zulieferbetriebe und Meßlabors, aber auch Kunden spielen eine wichtige Rolle. Zusammenarbeit mit Hochschulen pflegen Anbieter von Umwelttechnologie (oft kleine, hochspezialisierte Unternehmen) in deutlich stärkerem Maße als andere Umweltinnovatoren.

Information: Dr. Thomas Cleff, Tel. 0621/1235-233

## ZEW International

### Technologie- und Gründerzentren in Polen

Die Öffnung der polnischen Wirtschaft sowie die Annäherung an die EU setzt Anpassungsprozesse in Bewegung und verringert den Vorteil der niedrigen Produktionskosten und die Attraktivität Polens als Standort für arbeitsintensive Produktion. Das Wirtschaftswachstum Polens wird damit zunehmend davon abhängig, inwieweit es gelingt, die Wirtschaft von einer arbeitsintensiven zu einer innovativen umzustrukturieren. Der technische Fortschritt wird insbesondere in den Hightech-Branchen von entscheidender Bedeutung sein. Eines der populärsten Instrumente der Wirtschafts- und

Technologieförderung bildet in den westlichen Industrieländern die Einrichtung von Technologie- und Gründerzentren (TGZ). Diese Maßnahmen gewinnen in Polen sehr rasch an Boden. Bis Ende 1997 haben 55 Gründer- und Technologiezentren ihre Aktivitäten aufgenommen. Lediglich zehn Prozent der polnischen TGZ entsprechen in ihren Leistungen den westlichen Standards. Die Mehrheit der Zentren (49) sind als reine Gründerzentren zu betrachten. Einer der wichtigsten Gründe dafür ist das Ziel, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, das zu besonderer Subventionierung derjenigen TGZ geführt hat, die die Bereitstellung von neuen Arbeitsplätzen zu ihrer Hauptaufgabe gemacht haben. Ins-

gesamt gesehen spielen die Aktivitäten der Technologie- und Gründerzentren für die Wirtschaftsentwicklung in Polen noch eine sehr geringe Rolle. Die Beschäftigungsimpulse durch die in den TGZ angesiedelten Unternehmen sind noch sehr beschränkt. In den bis Ende 1997 gegründeten TGZ entstanden insgesamt 4.936 neue Arbeitsplätze, eingeschlossen 298 Firmen mit 1.171 Arbeitsplätzen, die inzwischen die Zentren verlassen haben. Auch in bezug auf moderne Arbeitsmethoden und auf die Kontakte zu ausländischen Pendanten ist die überwiegende Mehrheit der Zentren noch nicht ausreichend vorbereitet.

Information: Liliane v. Schuttenbach, Tel. 292-5068

## ZEW Neuerscheinungen

### ■ ZEW Dokumentation

Georg Licht, Harald Stahl: *Ergebnisse der Innovationserhebung '96, Nr. 97-07.*  
Doris Blechinger, Alfred Kleinknecht, Georg Licht, Friedhelm Pfeiffer: *The Impact of Innovation on Employ-*

*ment in Europe – An Analysis using CIS Data, Nr. 98-02.*

### ■ Discussion Papers

Tobias H. Eckerle: *Wettbewerb der Steuersysteme in Europa – eine vergleichende Analyse am Beispiel der Region*

*Oberrheingraben unter Einbeziehung aktueller Reformvorschläge, Nr. 97-21.*  
Parsis Dastani, François Laisney, Sophie Vouillaume: *A Simple Test of the Efficiency Wage Hypothesis Revisited, Nr. 97-23.*

## Termine

### ■ Expertenseminar:

*Conjointanalyse: Eine statistische Methode zur Bewertung von Kundenpräferenzen, 26./27.3. 1998, ZEW-Gebäude.*  
*Strategische Wettbewerbsanalyse durch Competitive Intelligence, 6.5. 1998, ZEW-Gebäude.*  
*Finanzmanagement: Quantifizierung von Risiko, 8.5.1998, ZEW-Gebäude.*  
*Produktbezogene Elemente der Umweltpolitik, 14.5.1998, ZEW-Gebäude.*

### ■ EURO-Workshop-Reihe: (In Zusammenarbeit mit dem Euro-Info-Center der IHK Rhein-Neckar).

*Auswirkungen auf die Rechnungslegung, 31.3.1998, ZEW-Gebäude.*  
*Herausforderungen im EDV-Bereich, 8.4.1998; IHK Rhein-Neckar.*

### ■ ZEW-Seminar:

Prof. Hans Heijke (ROA, Univ. Maastricht): *A Comparison of the Labour Market Position of the University Education and Higher Vocational Education in Economics and Business Administration, 19.3.1998, ZEW-Gebäude.*

### ■ ZEW-Kolloquium:

Prof. Dr. Peter Flora (MZES), *Die soziale Morphologie der Europäischen Sozialstaaten, 29.4.1998, ZEW-Gebäude.*

### ■ Mannheimer Wirtschafts- und Währungsgespräche:

Prof. Dr. H.-H. Franke (Univ. Freiburg), *Zukunftsprobleme der Wertpapier- und Währungsmärkte, 19.5.1998, ZEW-Gebäude.*

### ■ Informationen zu den Veranstaltungen:

Anne Grubb, Tel. 0621/1235-241, Fax 0621/1235-224, E-mail grubb@zew.de

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich · Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim  
Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Wolfgang Franz  
L 7, 1 · 68161 Mannheim Postanschrift: Postf. 10 34 43 · 68034 Mannheim · Fax 1235-224 · Internet: <http://www.zew.de/>  
Redaktion: Dr. Herbert Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-mail: buscher@zew.de,  
Martina Müller-Keitel, Telefon 0621/1235-102, Telefax 0621/1235-222, E-mail: mueller@zew.de;  
Nachdruck und sonstige Verbreitung mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares.